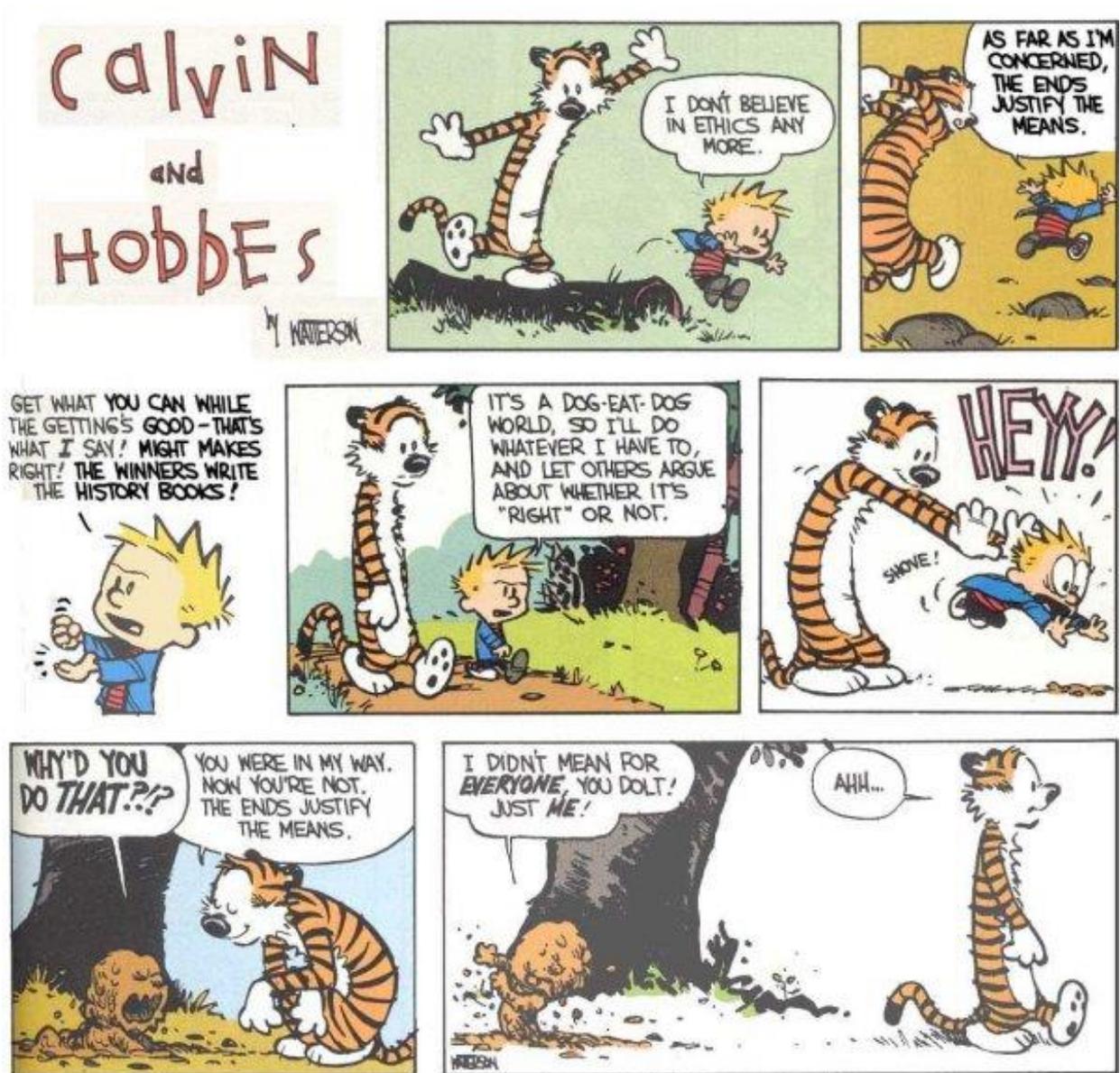


5. Interpretiere folgenden Comicstrip



6. Der kategorische Imperativ und die Diskursethik



Der kategorische Imperativ lässt sich als ein Prinzip verstehen, welches die Verallgemeinerungsfähigkeit von Handlungsweisen und Maximen (persönliches Handlungsprinzip) fordert. Kant will alle diejenigen Normen als ungültig eliminieren, die dieser Forderung widersprechen. Er hat „jenen inneren Widerspruch im Auge, der in der Maxime eines Handelnden dann auftritt, wenn seine Verhaltensweise überhaupt nur dadurch zum Ziele führen

kann, dass sie nicht die allgemeine Verhaltensweise ist.“ [...]

Gültige Normen müssen die Anerkennung vonseiten aller Betroffenen verdienen. So muss jede gültige Norm der Bedingung genügen, dass die Folgen und Nebenwirkungen, die sich aus ihrer allgemeinen Befolgung ergeben, von allen Betroffenen akzeptiert werden können. [...]

Wenn aber moralische Argumentationen ein Einverständnis dieser Art produzieren sollen, genügt es nicht, dass sich ein Einzelner überlegt, ob er einer Norm zustimmen könnte. Es genügt nicht einmal, dass alle Einzelnen, und zwar jeder für sich, diese Überlegung durchführen, um dann ihre Voten registrieren zu lassen. Erforderlich ist vielmehr eine „reale“ Argumentation, an der die Betroffenen kooperativ teilnehmen.

Aus dieser Perspektive bedarf auch der kategorische Imperativ einer Umformulierung in dem vorgeschlagenen Sinne: „Statt allen anderen eine Maxime, von der ich will, dass sie ein allgemeines Gesetz sei, als gültig vorzuschreiben, muss ich meine Maxime zum Zweck der diskursiven Prüfung ihres Universalitätsanspruchs allen anderen vorlegen.“ Das Gewicht verschiebt sich von dem, was jeder Einzelne ohne Widerspruch als allgemeines Gesetz wollen kann, auf das, was alle in Übereinstimmung als universale Norm anerkennen wollen.

- Jürgen Habermas: Moralbewusstsein und kommunikatives Handeln

6.1. Wie werden Normen und Prinzipien in der Diskursethik legitimiert?

Prüfung der Diskussionssituationen:

Parlament

Internetforen

Argumente	
<ul style="list-style-type: none"> • Transparenz: Beweggründe werden in der Regel erläutert • Interessenvertretung: Politiker verpflichten sich dazu die Interessen ihrer Bürger zu vertreten 	<ul style="list-style-type: none"> • Intransparenz: Beweggründe werden meist nicht erläutert • Einzelinteressen: Argumente beziehen sich auf die persönliche Situation
Entscheidung	
<p>Motivation:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Verfassungstreue: Entscheidungen dürfen die Verfassung nicht verletzen (z.B. Demokratie und Menschenrechte) • Musterfallprinzip: Entscheidungen setzen Präzedenzfälle, die für alle gelten <p>Konsequenz:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Folgen werden überprüft (z.B. Pilotprojekte oder Studien) • Entscheidungen bedürfen der Zustimmung der Mehrheit 	<p>Motivation:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Keine festgelegten Handlungsprinzipien • Keine Verbindlichkeit <p>Konsequenz:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Folgend werden nur selten berücksichtigt • Konflikt von Einzelinteressen: Jeder will für sich das Meiste herausholen.
Argumentationsrahmen	
<ul style="list-style-type: none"> • Sitzungen des Parlaments sind öffentlich • Argumente basieren auf überprüfbare Fakten und Studien • Überprüfung der Argumente und Entscheidungen durch zuständige Kommissionen und Staatsrat • Abstimmung: Entscheidung nach Mehrheitsprinzip, keine Herstellung von Konsens <p>⇒ Diskussion wird durch festgelegte Verfahren geregelt</p>	<ul style="list-style-type: none"> • Freier Zugang ist nicht garantiert • Argumente basieren auf Einzelerfahrungen • Keine Kontrollinstanzen • Kein geregelter Entscheidungsverfahren. Entscheidungen sind nicht verbindlich. <p>⇒ Keine einheitliche Verfahrensregelung</p>